...sterländische Volkszeitung

Rheiner Volksblatt

Amtlicher Anzeiger für Stadt und Amt Rheine.

Organ der Zentrumspartei.

...spreis: Monatlich frei durch unsere Boten ins Haus, sowie von ...schäftsstelle abgeholt 6.60 Mk. im voraus zahlbar durch die Post 6 Haus 15.— M.L. vierteljährlich. Die M. V. erscheint täglich mit ...hme der Sonn- und Feiertage. — Druck und Verlag von Joseph ...en in Rheine. Hauptgeschäftsstelle und Redaktion: Bahnhofstraße 2. ...her Nr 352. — Telegramm-Adresse: Volkszeitung Rheine (Westf.) ...stscheckkonto Cöln Nr. 40394. — Postschließfach Rheine Nr. 75. —

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 1 mm Raumhöhe 42 Pfg., für Ei... Amt Rheine: 30 Pfg., behördliche sowie Bank- und Finanza... 56 Pfg. Reklamen 180 Pfg. Anzeigen erbitten wir bis spätestens 3 ... nachmittags. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschrieb... Stelle wird keine Garantie übernommen. Für Fehler, welche durc... Fernsprecher oder mangelhafte Manuskriptlieferung entstehen, wird nicht ge... haftet. Bei zwangsweiser Beitreibung von Gebühren fällt jeder Rabatt fort.

...chentliche Beilagen: Für Unterhaltung: „Sonntagslese"; für Landwirtschaft: „Feld und Garten"; für Sport und Jugendpflege: „Jung Rheine".

Nr. 288 — Donnerstag, den 15. Dezember 1921 — Jahrgang 45

Politische Wochenschau

Die Konferenz von Washington, das zweifellos wichtigste Ereignis für die beginnende Neugruppierung der Völker, hat die erste Etappe der ihr vom amerikanischen Präsidenten Harding und seinem Staatssekretär Hughes vorgezeichneten Wegestrecke durchlaufen. Der markante Meilenstein, der am Abschluß jener Etappe steht, ist das Pacific-Abkommen. Es war klar, daß die großen Mächte nicht über die Frage einer Abrüstung verhandeln konnten, ohne zu gleicher Zeit eine Regelung der Verhältnisse im Stillen Ozean anzustreben, Man hätte dem Gedanken von einer Abrüstung zur See überhaupt nicht Raum geben können, wenn es nicht gelang, die Probleme des Ostmeeres einer friedlichen Auseinandersetzung zugänglich zu machen. Mannigfache Widerstände haben zweifellos die Arbeit nach dieser Richtung hin erschwert. Als Resultat ist nunmehr ein Abkommen unter den vier Hauptmächten: Amerika, England, Japan und Frankreich getroffen worden, von dem aber hinzugefügt werden muß, daß es erst dann in Kraft treten kann, wenn es die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften aller beteiligten Staaten gefunden hat. Auch an die Bedingung ist das Zustandekommen geknüpft, daß die langwierigen amerikanisch-japanischen Unterhandlungen wegen der Insel Yap einen befriedigenden und günstigen Verlauf nehmen. Form und Inhalt des Abkommens zeigen auf den ersten Blick, daß es sich nur um einen sogenannten Rahmen-Vertag handeln kann; denn alle die schwierigen Einzelfragen des Ostmeeres haben in ihm eine Lösung nicht gefunden, Man scheint diese Schwierigkeiten mehr oder weniger ad akta gelegt zu haben, um sich im großen und ganzen mit einem Vertrage zu begnügen, der Maßregeln vorsieht, wenn es unter den Vertragschließenden oder von anderer Seite her gegen die Vertragschließenden zu irgend einer aggressiven Haltung kommen sollte. Alle vier Mächte verpflichten sich, bei einer unter ihnen entstandenen Meinungsverschiedenheit, zu einer Konferenz zusammenzutreten, in der die Gesamtheit der Fragen zur Prüfung und Regelung vorzulegen ist. Im Falle einer aggressiven Haltung von einer anderen Macht her soll unter den beteiligten Mächten eine Verständigung stattfinden, damit man gemeinsam oder gesondert allen Erfordernissen der Lage gerecht werden kann. Der Vertrag soll 10 Jahre lang Gültigkeit haben und nach dieser Zeit 12 Monate kündbar sein. Hervorstechend aus diesem Vertrage nach der grundsätzlichen Seite ist in erster Linie der Umstand, daß Amerika und England einen gemeinsamen Weg gefunden haben. Die „Splendid Isolation" Amerikas ist durch das Abkommen einem Wiedereintritt in die Gemeinschaft der Völker gewichen; die Stellung Englands nicht unwesentlich gestärkt. dadurch, daß beide englisch sprechenden großen Weltstaaten ein Stück des Weges gemeinsam gehen wollen.

Für die Annäherung zwischen Amerika und England war zweifellos von stärkster Förderung, ein Ereignis, das für die englische Geschichte selbst von weitestgehender Bedeutung ist, Irland, seit Jahrhunderten von England geknechtet und seit Jahrhunderten im Kampf um seine Freiheit begriffen, ist in die Reihe der freistaatlichen Dominions des großbritannischen Weltreiches getreten. In der Nacht zum 6. Dezember ist zwischen der englischen Regierung urd den Abgeordneten der Sinnfeiner ein Abkommen geschlossen worden, auf Grund dessen dem irischen Lande die freistaatliche Verwaltung zugebilligt wird. Mit dieser Regelung ist dem englischen Premierminister Lloyd George das größte Werk gelungen, das seine sechsjährige Amtszeit aufzuweisen hat. Die Lösung der irischen Frage schien nach allen bisher erlebten Vorgängen in der Geschichte etwas unmögliches zu sein. England und Irland, beide in Gegnerschaft sich gegenüberstehene Pole, haben sich zu der Einsicht durchgerungen, daß eine Politik der Gewalt und Gewalttätigkeit weder für England noch für Irland heilsam ist, In politischer Beziehung ist diese Regelung von unverkennbarer Bedeutung, denn einmal wird dadurch die bisher durch ein gegnerisches Irland mehr oder weniger doch gehemmte Bewegungsfreiheit der englischen Regierung gestärkt, während auf der anderen Seite ein feindliches Irland an der Küste Englands den französischen Einflüssen hätte zum Vorteil gereichen müssen. Kardinal Logue, das Haupt der römisch-katholischen Kirche in Irland, hat alle irischen Bischöfe zusammengerufen, um bekanntzugeben, daß der Friedensvertrag ratifiziert werden müsse. Der Friede zwischen Irland und England kann somit als besiegelt gelten.

Ob die sowohl durch die letzten Ereignisse der Washingtoner Konferenz als auch durch die friedliche Regelung der irischen Frage gefestigte Stellung Englands ihren günstigen Einfluß auch auf die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten gegenüber dem deutschen Reich ausüben werden, steht noch dahin, Es ist sicherlich zu erwarten, daß Frankreich alle seine Register spielen lassen wird, um in der Frage der europäischen Angelegenheiten auch weiterhin die erste Rolle zu spielen. Man weiß, daß Deutschland nach Ableistung seiner Januar- und Februarraten am Rande seiner wirtschaftlichen Kraft stehen wird, Man fühlt in England am eigenen Leibe, daß die französische Reparationspolitik und die damit im Zusammenhang stehende Schwächung der deutschen Mark für die englische Wirtschaft von ungünstigstem Einfluß ist.

Die Frage eines Moratoriums mit dem Ziel einer wirtschaftlichen Erholungszeit für Deutschland steht weiterhin im Vordergrunde des Weltinteresses. Rathenau, der in diesen Tagen aus London zurückgekehrt ist, hat bereits über seine Unterredungen in London in engem Kreise Bericht erstattet. Die von ihm gemachten Mitteilungen werden streng geheim gehalten. Die Presse knüpft eines Teils optimistische, eines Teils pessimistische Auslassungen an die Reise des ehemaligen Wiederaufbauministers. Uns scheint es in diesem Augenblick nicht geignet, diese fast ausschließlich auf Kombinationen beruhenden Stimmen zu vermehren. Soviel aber möchten wir doch nicht unterlassen zum Ausdruck zu bringen, daß der Kanzler selbst am Sonnabend in der Sitzung des Reichswirtschaftsrates bei allem Ernst der Lage seine Ausführungen andeutend damit schloß, daß er den nächsten Tagen mit Spannung und einiger Hoffnung entgegensehe. Im Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat Dr. Wirth ebenfalls eingehende Ausführungen über die gesamte politische Lage gegeben, die allerdings vertraulicher Natur waren. Soviel aber ist bekannt, daß seine Darlegung in dem Hinweis gipfelte, die wirtschaftliche Lage Deutschlands sei in ihrer Verflechtung mit der Weltwirtschaft nunmehr zum Gegenstand der öffentlichen internationalen Diskussion unter den großen Mächten geworden. Was Deutschland anlange, so müsse es sich zur Mitarbeit an diesen Problemen bereithalten.

Danach scheinen uns die Aussichten auf eine gemeinsame Finanzkonferenz mit dem Ziel der Erleichterungen für Deutschland als nicht durchaus ungünstig von der Hand zu weisen.

Indessen leistet sich Frankreich wieder einmal eine der beliebten Kampagnen gegen Deutschland. Der Abgeordnete und frühere Kriegsminister Lefevre hat im französischen Parlament allerhand Ammenmärchen über militärische Maßnahmen Deutschlands und geheime Waffenkammern verbreitet. Man ist von Frankreichs Seite nachgerade gewohnt, immer wieder solche Ammenmärchen, die dadurch nicht wahrer werden, weil man ihnen im französischen Parlament und auch im französischen Volke Beifall klatscht. Schlimmer ist es, daß auch der französische Kriegsminister Barthou diese Phantasien des Herrn Lefevre, seines Amtsvorgängers, nicht etwa, wie es sich gehörte, zurückgewiesen hat, sondern bestätigen zu müssen glaubte. Mit anerkennenswerter und notwendiger Entschiedenheit ist der Reichskanzler Dr. Wirth in einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „Matin" diesen völlig zu Unrecht bestehenden Behauptungen entgegenzutreten.

Aber nachdem Frankreich in Washington von der deutschen Gefahr gefaselt hat, um dem Abrüstungsgedanken entgegenzutreten und eine Begründung für die Aufrechterhaltung der großen französischen Armee zu geben, kann man im Parlament nicht gut das Gegenteil behaupten, Darum fälscht man die öffentliche Meinung und macht sich ein Vergnügen daraus, uns Dinge nachzusagen, denen wir nicht nachstreben, weil wir wissen, daß nur der friedliche Wiederaufbau uns und unserer Wirtschaft dienen kann.

In der Innenpolitik steht im Vordergrund des Interesses der vor ungefähr 8 Tagen begonnene Prozeß der Kapvisten vor dem Reichsgericht in Leipzig. Die Feststellung, ob sich die Angeschuldigten einer hochverräterischen Handlung gegen den Bestand des Staates und seiner Verfassung schuldig gemacht haben, bleibt der Entscheidung des Gerichts überlassen.

Weltwirtschafts-Konferenz?

Teilnahme Amerikas?

wtb. London, 14. Dez. Aus Newyork wird vom 13. ds. Mts. meldet: Der Washingtoner Berichterstatter der „Associated Preß" berichtet: Einige a.s den Washingtoner Konferenz teilnehmenden auswärtigen Delegierten hätten eine Mitteilung erhalten, die von ihnen dahingehend ausgelegt werde, daß Lloyd George beabsichtige, in der Weltwirtschaftsfrage die Initiative zu ergreifen da er infolge der vor kurzem unternommenen Nachfrage in den Vereinigten Staaten zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß die amerikanische Regierung nicht die Absicht habe, eine Wirtschaftskonferenz einzuberufen, jedenfalls nicht in naher Zukunft.

*

Nach Informationen einiger Deputierten sieht Lloyd George den Plan der Streichung der Kriegsschulden Frankreichs, Italiens, Belgiens, Rußlands und der kleinen Balkanstaaten an Großbritannien vor. Es werde erklärt, der britische Premierminister beabsichtige die Annullierung der Schulden der anderen Länder unter gewissen Bedingungen, darunter der, daß auch Frankreich, die ihm von den alliierten Ländern geschuldeten Beträge annuliert und daß die Frankreich von Seiten Deutschlands geschuldeten Reparationen um 13,5 Milliarden Franken herabgesetzt werden.

In der Meldung des Berichterstatters heißt es weiter: Präsident Harding hofft immer noch, daß die Abrüstungskonferenz vor ihrer Vertagung für die Zukunft Zusammenkünfte der Mächte vereinbart, um die interalliierten Probleme zu erörtern. Eine der Fragen, die je man weiß, nach Ansicht des Präsidenten Hardings zu neuen Konferenzen in naher Zukunft führen werde, sei **die Frage der Weltfinanzen.**

*

Der Washingtoner Berichterstatter der „Daily News" meldet, wenn die europäischen Nationen sich fähig erweisen würden, den Tatsachen ins Auge zu sehen und die Reparationsbedingungen auf eine vernünftige Grundlage zu stellen, so werde seiner Ansicht nach **Amerika bereit sein, mitzumachen.** Im Weißen Hause habe dem Berichterstatter zufolge endgültig mitgeteilt, daß die Frage der Wirtschaftskonferenz von der amerikanischen Regierung nicht erwogen werden könne, bevor die Washingtoner Konferenz ihre Arbeiten beendet habe. Es bestehe jedoch Sicherheit, daß die Washingtoner Konferenz als Schlußakt beschließen könne, im nächsten Jahre zur Erörterung des Finanz- und anderer Probleme wieder zusammenzutreten.

Eine englische Stimme

Im „Daily Chronicle" tritt „Politicus" für die Einberufung einer europ. Konferenz durch, Lloyd George und Briand **unter Teilnahme Deutschlands,** sowie der übrigen vormals feindlichen Staaten und Rußlands ein, um die Grundlagen für ein europäisches Uebereinkommen zu erörtern, wie dies durch die Washingtoner Konferenz für die pazifischen Fragen geschehen sei. Der Friede Europas beruhe augenblicklich auf Vereinbarungen, nicht auf Gewalt. Man müsse die Vereinbarungen an Stelle der militärischen Bedrohung setzen und den Weg für eine friedliche Abrüstung und wirtschaftliche Wiederherstellung in Europa ebnen. In der Reparationsfrage müsse sich Deutschland verpflichten, angemessene Reparationen zu zahlen. Es sei jedoch klar, daß Deutschland nicht das zahlen könne, was man erwartet habe oder durch den Versailler Vertrag vorsah. Die Regelung der Reparationsfrage ist dem „Politicus" zufolge sinnlos, ohne gleichzeitige Regelung der Rüstungsfrage. Es habe keinen Wert, Milliarden von Deutschland herauszubekommen, wenn Frankreich sie für sein Heer oder den Bau von Unterseebooten verwende. Es würde einen wesentlichen Teil in dem Uebereinkommen in der Reparationsfrage bilden, daß Frankreich und die anderen europäischen Mächte ihre Streitkräfte herabsetzten. Wenn Deutschland sich bereit erklären würde, an einem Uebereinkommen teilzunehmen, worin es wichtige Garantien, z. B. unter Völkerbundsaufsicht, gibt, daß es sein Heer auf 100 000 Mann beschränkt weshalb solle sich dann Frankreich nicht begnügen mit einem Heer, das stärker ist als des Deutschland, was jedoch nur seiner Verteidigung dient, **Warum können nicht alle anderen Mächte im Verhältnis dazu abrüsten.** So könnten nach Ansicht von „Politicus" alle großen Mächte mit Einschluß Großbritanniens übereinkommen, die Entmilitarisierung des rheinischen besetzten Gebietes zu gewährleisten. Dies würde sowohl die Gefahr beseitigen, die sich aus der französischen Okkupation und insbesondere der Anwendung farbiger Truppen ergebe, dies würde einen Streifen neutralen Gebietes zwischen die verminderten Heere Deutschlands und Frankreichs setzen. Bezüglich der russischen Frage schreibt „Politicus", es könne keine Stabilität in Europa herrschen, wenn nicht Rußland in die Gemeinschaft der Nationen eintrete. Rußland habe den Kommunismus aufgegeben, Lenin habe sich bereit erklärt, die Vorkriegsschulden auf einer allgemeinen Friedenskonferenz anzuerkennen. Man müsse dies Angebot annehmen und Rußland unterstützen, um ein allgemeines europäisches Abkommen zu erreichen, das die russische Heeresherabsetzung und die Fragen der Vorkriegsschulden regele. In wirtschaftlicher Hinsicht müsse die europäische Konferenz die Einschränkung der Ausgaben von Papiergeld und die Verminderung der Frachten für den Handel zu erreichen suchen. Um den Frieden im nahen Osten zu sichern, müsse die Türkei veranlaßt werden, bei einer Aufhebung der griechischen Kontrolle Smyrnas, ein autonomes Regime für Smyrna zu bewilligen. Zum Schluß erklärt „Politicus", die Vereinigten Staaten könnten sich an einer europäischen Regelung beteiligen, wenn sie es für angebracht hielten. Europa müsse seine Probleme zu lösen versuchen. Wenn Amerika sich entschließen sollte, eine Delegation zur europäischen Konferenz zu entsenden, so könnte es seinem unermeßlichen Einfluß zugunsten der Versöhnung und des Friedens ausüben.

Daily Chronicle unterstützt die Ausführungen von „Politicus" in einem Leitartikel und schreibt, wenn Lloyd George und Briand bei der bevorstehenden Zusammenkunft übereinkommen sollten eine solche europäische Konferenz einzuberufen, so würde sich der heimgesuchte Teil mit neuen Hoffnungen erfüllen.

Neues aus aller Welt

Der Aeltestenrat des preußischen Landtages

tu. **Berlin,** 14. Dez. Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages hielt vor der Vollsitzung am Mittwoch eine kurze Besprechung über die Geschäftslage ab. Das Haus will bestimmt am Freitag in die Weihnachtsferien gehen. An diesem Tage soll die dritte Lesung des Etats stattfinden. An dem Tage vorher soll der Kultusetat und die noch restierenden kleinen Haushalte in zweiter Lesung zu Ende gebracht werden. Außerdem sind noch eine Reihe kleinerer Gegenstände zu erledigen. Gegen den Einspruch der Kommunisten wurde beschlossen, auf den Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgung und Inhaftierung des kommunistischen Abgeordneten Eberlein, der, wie gemeldet, im Ausschuß bereits angenommen ist, zur Beratung zu stellen.

Die Kabinettsbildung in Portugal.

wtb. Lissabon, 14. Dez. Der Präsident der Republik hat Cuna Loel beauftragt, das Kabinett zu bilden.

Briand zur Wiederherstellung der vatikanischen Beziehungen.

wtb. **Paris,** 14. Dez. Im Verlaufe der Senatsdebatte über die Interpellation betreffend die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan führte Ministerpräsident Briand u. a. aus: In Elsaß-Lothringen besteht ein konfessionelles Regime. Das verpflichtet die Regierung, Fühlung mit dem Papst zu nehmen. Als er Ministerpräsident geworden sei, habe er die Notwendigkeit erkannt, daß Frankreich in Rom nicht abwesend sein dürfe. Man habe keine Konzessionen machen müssen. Es wurden Unterhandlungen gepflogen. Die moralischen und anderen Vorteile, die man daraus gezogen habe, genügten zur Rechtfertigung. Beim Vatikan seien alle Nationen, die alten sowohl wie die neuen, die die Entente geschaffen hat, vertreten und wenn Frankreich, abwesend bleiben würde, würde es nur schwere Einbußen erleiden. Was er getan habe, bedeute nicht, daß er sich auf eine abschüssige Bahn begeben habe. Es handle sich nicht um die Abschaffung der alten Gesetze. Wenn man in der Wiederherstellung der Beziehungen zum Vatikan Vorteile für die äußere Politik finde, dann werde man diese auch für die innere Politik finden. Alle großen Republikaner seien besorgt gewesen, die Ursachen der Trennung im Lande zu beseitigen. Wenn der Schritt, den er unternommen habe, eine gewisse Entspannung hervorrufe, dann werde er sich beglückwünschen. Er habe gehandelt und unterzeichnet. Jetzt möge das Parlament urteilen.

Die Kämpfe in Arabien.

wtb. **London,** 14. Dez. Einer Meldung zufolge ist der Sultan von Nejd in Arabien, Ibn Soud, gegenwärtig Herr über das ganze Gebiet von Sh... Geiha wurde von den Anhängern des Sultans ... besetzt. In Jauf soll es zu Kämpfen gekommen ...

Bombenat...

wtb. **Brüssel,** 14. Dez. ...ukarest vom 12. Dezember, daß auf den Pa... (Bessarabien) eine Bombe geworfen ... zerstörte. Etwa 100 Soldaten ... wachten, seien getötet worden.

Zur Kabinettskri...

TU. **Bukarest,** 14. Dez. Tale Jones... und der Justizminister haben ihre Entl... wahrscheinlich, daß das ganze Kabinett ... erwartet, daß der König Tale Jonescu ... binetts beauftragen wird.

Die Kreditak...

Angriff der Goldre...

tu. **Berlin,** 14. Dez. Immer noch ... Plenum des Reichsverbandes der d... heute vormittag zu einer kurzen ... um sich mit der Frage der Repara... zu beschäftigen. Das Reichskabine... Ergebnis der Londoner Reise ... mittag ist zwar eine Hauptbe... jedoch nicht mit dem Kera...

Wie der „Lok.Anz." ... ten sich die Londoner Be... zukünftige Frage einer ... gedreht haben. Die Sa... den 15. Januar ...

…genen Mitteln bezahlt werden. Mit … einen kurzfristigen Kredit könne höchstens … Februar fälligen Rate gerechnet werden. … Umfragen, die erst danach brennend werden. … ganz neue Fühlung genommen sein. Die Regierung … die Summe bis 15. Januar auftreiben zu können, natürlich unter den allerschwersten Opfern. In unterrichteten Kreisen weist man die Möglichkeit nicht mehr von der Hand, daß die Regierung gezwungen sein könne, zu diesem Zweck ihre Goldreserven anzugreifen.

Die Bank von England und der Kredit

tu. Berlin, 14. Dez. Die Nachricht, daß die Bank von England in ihrer Antwort gefragt habe, welche Sicherheiten die deutsche Regierung für die evtl. Anweisung eines Kredits durch England geben könne, wird in maßgebenden Parlamentskreisen als unzutreffend erklärt.

Das Viermächte-Abkommen

wtb. London, 13. Dez. Reuter meldet aus Washington, die Unterzeichnung des Abkommens der vier Mächte war um 11.20 Uhr vormittags beendet. Das Schriftstück wurde zum Weißen Hause gebracht und wird dem Senat vorgelegt werden.

Senator La Follette von der Partei der „Unversöhnlichen" erklärte, das Abkommen enthalte alle Nachteile der Völkerbundessatzungen ohne einen seiner Vorzüge. Er werde sich nach allen Kräften bemühen, um die Ratifizierung zu verhindern.

*

Der japanische Ministerpräsident Tokahaschi sagte in einer Rede, das Vier-Mächte-Abkommen über den Stillen Ozean bedeute einen unzerstörbaren Schutzwall gegen jeden Angriff und sei der größte Dienst, der jemals der Sache des Weltfriedens in der Geschichte erwiesen wurde.

Die Zusatzklausel

wtb. Washington. 13. Dez. Der Sonderberichterstatter der „Agence Hava" meldet aus Washington: Außer dem Vier-Mächte-Abkommen haben die Delegierten heute noch eine Zusatzklausel unterzeichnet, in der es heißt: Es ist der Wille und die Absicht der Signatarmächte

1. daß das Abkommen auf die Mandatsinseln des Stillen Ozeans Anwendung findet, unter dem Vorbehalt, daß die Zustimmung der Vereinigten Staaten zu dem Mandat als in dem Abschluß des gegenwärtigen Abkommens einbegriffen betrachtet werden kann und daß es den Abschluß von Verträgen über die Mandatsinseln zwischen den Vereinigten Staaten und den Mandatsmächten nicht verhindert.
2. daß unter den im zweiten Paragraphen des ersten Artikel erwähnten Streitigkeiten keine Fragen verstanden werden, die nach dem internationalen Recht ausschließlich von der Souveränität der betr. Mächte abhängt.

Letzte Nachrichten

Um das Vier-Mächte-Abkommen

wtb, London, 15. Dez. (Drahtbericht.) Reuter meldet aus Washington, daß bei der amerik. Regierung die Ratifizierung des Viermächte-Abkommens mit ⅘ Mehrheit zustande kommen wird. Senator Bora war für die Annahme, während Senator Reed und La Follete sich der Ratifizierung widersetzen werden.

Erhöhung des Gehalts des Reichspräsidenten

wtb. Berlin, 15. Dez. (Drahtbericht.) Im Hauptausschuß des Reichstages wurde heute ein Antrag gestellt auf Erhöhung des Gehalts des Reichspräsidenten. Es soll künftig 300 000 Mark betragen. Der Ausschuß beschloß dem Antrage gemäß.

Die Not der Presse

wtb. Berlin, 15. Dez. (Drahtber.) Das Erscheinen einzelner Tageszeitungen ist dadurch in Frage gestellt, daß die Papierindustrie ihre Verpflichtungen nicht erfüllen kann. Soweit die Notlage auf Kohlen- und Wassermangel zurückzuführen ist, sind alle Maßnahmen erfolgt. Es wird wahrscheinlich eine Einschränkung der Druckpapierlieferungen angeordnet werden müssen.

Herabsetzung der Margarinepreise

wtb. Berlin, 15. Dez. (Drahtbericht.) Auf Vorschlag der Preis-Prüfungskommission des Margarineverbandes ist der Preis für Margarine weiter herabgesetzt worden. Er stellt sich für Ware im Großhandelspreis auf 21—27 Mark. Dazu kommt noch der übliche Handelszuschlag.

Stilliegen der Fischdampfer in Kuxhaven

wtb. Berlin, 15. Dez. (Drahtbericht.) Nach der „Voss. Ztg." liegen die gesamten Kuxhavener Fischdampfer wegen Kohlenmangels still.

Kein Wiedereintritt Rathenaus in das Kabinett

wtb. Berlin, 15. Dez. (Drahtbericht.) Nach dem „Berliner Tageblatt" wird Dr. Rathenau sich nicht entschließen, in der nächsten Zeit wieder in das Kabinett einzutreten.

Aus Stadt und Amt Rheine

Donnerstag, den 15. Dezember 1921.

Emmerich … Paulushause

Der Volk… kathol. Deutschland ver… anstaltet am … mber, abends 4,30 Uhr … Paulushaus… -Abend. Herr Lehrer … uns an Hand einer großen … machen mit dem Leben der … Katharina Emmerich. Keine west… bekannter sein, als Anna … Bedeutung reicht weit hinaus über … des Münsterlandes. Ihr Name ist … Holland und Nordamerika, weit be… Heimat; sind doch ihre Visionen, aufge… Brentano, in allen Kultursprachen über…

…as in ihr Geburtshaus, in ein arm… Lehmwänden in die Bauerschaft Flam… Augustinerinnenkloster Agnetenberg bei … Kammer, dunkle Stube, wo sie nach Auf… ihre Visionen dem Clemens Brentano … Zeitgenossen: Overberg, Droste-Vischering, Diepenbrock usw. sie besuchten … war 1824 gestorben ist.

…er selber ein Emmerich-Forscher ist, … interessant werden; auch Nichtmitglieder … geladen.

…hunderts … Nach langem Be… Rednerin … stand. … Anges… ds. … ist … täuschen… hatte

Aus den Verhandlungen des Reichstags ist sach… vorzuheben, daß der Nachtragsetat, der die Erhö… amtenbesoldung enthält, dem Haushaltsaus… sen wurde, während die Gesetzentwürfe über d… Börsengesetzes und die Verordnung über die … Ansprüchen an das Reich in allen drei Lesungen … wurde.

Vor größerer Bedeutung war der Gesetzentw… Wählbarkeit der Frauen zu den Kaufmanns- und … richten. Diese Vorlage wurde nach kurzer Aussprac… sich nur die sozialdemokratischen Parteien beteiligte… sechsten Ausschuß überwiesen. Eine Anzahl weitere… Vorlagen wurde ohne Aussprache erledigt.

Aus dem Landtage

Der zweite Abschnitt des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird am Dienstag im preußischen Landtag beraten. Die Universitäten, die Technischen Hochschulen und die Kunstbestrebungen füllen diesen Teil des Haushalts aus. Es war zu erwarten, daß der neue Kultusminister Dr. Völitz nachdem er sich am Sonnabend nur auf eine ganz kurze Erörterung bestimmter Einzelfragen eingelassen hatte, nunmehr in dieser Sitzung die Gelegenheit benutzen würde, um gewissermaßen programmatisch zu den Angelegenheiten der Hochschulen Stellung zu nehmen. So stand im Mittelpunkt der Dienstag-Debatte über den Kultusetat zweifellos die Ministerrede.

Herr Völitz von dem wir gewohnt sind, daß er an die Dinge mit einer gewissen Lebendigkeit herangeht, suchte alle einschlägigen Fragen kurz, aber doch eingehend zu beleuchten. Die Einstellung der Professoren unserer Universitäten nach ihrer politischen Seite hin, die Haltung der Studentenschaft und ihre Notlage, die Ziele und Aufgaben der Hochschulreform, sowie die Fragen der Professorenbesoldung und endlich die Verwaltung der Museen und das Gebiet der Kunst, all' diese Gesichtspunkte nimmt sich Herr Völitz in eingehender Erörterung vor. Man wird Manches aus seinen Ausführungen durchaus unterstreichen können. So beispielsweise wenn er davon spricht, daß sich die Professoren auf dem Lehrstuhl jeglicher Politik zu enthalten hätten. Wir haben es in Deutschland in der letzten Zeit oft genug erlebt, daß mancher unter den Professoren des Glaubens war, von der Tribüne des Katheders aus sich in den politischen Streit einzumischen. Daß dies für das geistige Gedeihen der Hochschule nicht dienstlich ist, liegt auf der Hand. Aber auch darin hat Herr Völitz recht, wenn den Professoren in ihrem Privatleben ihre Einstellung zu den politischen Fragen freisteht. Die politische Ueberzeugung will der Kultusminister — und das mit Recht — nicht zum Kriterium der akademischen Lehrtätigkeit machen.

Dann spricht er vom Studenten, deren wirtschaftliche Not wird von ihm besonders gewürdigt. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Zentralstipendienfonds beträchtlich erhöht werden könne. Die Honorarstundung will er durch einen Honorarersatz ersetzen; dabei läßt der Minister keinen Zweifel, daß die Honorare auf der jetzigen Tiefe nicht mehr gehalten werden können. In den Gedanken der Universitätsreform wandelt der Minister in den Bahnen der Beckerschen Reform, also den Ideen seines Vorgängers. Nicht gegen, sondern gemeinsam mit den Universitäten muß die Reform gemacht werden. Er verspricht eine Besserung der Professorenbesoldung. Baldige Vorschläge sollen diesbezüglich gemacht werden. Auch die Notlage der Assistenten soll gemildert werden. Kurz werden von ihm noch gestreift das Gebiet der Kunst, der Musik und der Ausgestaltung der Museen.

Von den Parteien erklärt der Vertreter des Zentrums, der Abg. Heß, daß zwar die programmatischen Erklärungen des Ministers zu einer Aussprache reizen, daß man aber auf eine Teilnahme an der Debatte von seiten des Zentrums verzichten wolle. Der nächste Kultusetat soll bekanntlich an erster Stelle verhandelt werden. Innerhalb dieser eingehenden Beratung wird das Zentrum die Gelegenheit ergreifen, um zu den einzelnen Kapiteln erschöpfend Stellung zu nehmen. Wir haben bereits neulich darauf hingewiesen, daß die Behandlung des Kultusetats etwas stiefmütterlich ausgefallen ist; unter dem Druck der Zeit wird man dies entschuldigen können. Der Kultusetat ist eine der wichtigsten Positionen. Es ist darum zweifellos richtig, wenn man bei der Beratung des neuen Etats die Gelegenheit ergreifen wird, um die Sorgen und Schmerzen im preußischen Landtage ergiebig zur Sprache zu bringen.

Der Kapp-Prozeß

Leipzig, den 13. Dezember. Bei Eröffnung der heutigen Verhandlung weist zunächst Rechtsanwalt Grünsprache auf die im gestrigen „Berliner Acht Uhr Abendblatt" befindliche Ueberschrift „Reichsminister Schiffer des Meineids beschuldigt" hin und erklärt, daß sein Kollege Böttger nicht im entferntesten daran gedacht habe, einen derartigen Vorwurf gegen Schiffer zu erheben. —

Hierauf wird die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Erschienen sind am heutigen Verhandlungstage u. a. Maerker, Staatssekretär Albert, Pfarrer Traub, Rechtsanwalt Bredereck, der frühere preußische Ministerpräsident Hirsch und Reichsbankpräsident Havenstein.

Der als Zeuge vernommene Generalmajor Thaussen, der z. Z. des Kapp-Putsches Kommandeur des 6. Regiments in der Alexanderkaserne war, sagt, er habe in der Nacht zum 13. März das Telegramm, die plötzliche Erkrankung der beliebten Rednerin gemeldet.

Wie meist in solchen Fällen mußte Herr Prof. Dr. Mönchemeier als Ersatzmann einspringen, was er auch in ebenso liebenswürdiger wie hervorragender Weise tat. Ausgehend von der Entstehung der Jugendbewegung, die als Reaktion auf die Unwahrhaftigkeit, die Unfreiheit im Leben unserer Tage entstanden ist, sprach er von der Wahrhaftigkeit, die die heutige Jugend fordert, der Wahrhaftigkeit gegen sich selbst, gegen die Mitmenschen. Trotzdem sich an den Vortrag sofort der Kaffee anschloß, war die Diskussion äußerst rege.

Dan gab unsere Bezirksleiterin, Frl. Schneider (Münster) Anregungen zu praktischer Vereinsarbeit. Einige unserer Jüngsten verschönten unser Fest durch prachtvoll vorgetragene Lieder. Beim lichterstrahlenden Tannenbaum wurden unsere schönen Adventslieder gesungen. Nach einigen Stunden fröhlichen Beisammenseins gingen die Teilnehmerinnen befriedigt nach Hause. — „Und nun fanget an, eine jede bei sich selbst." Und werbet alte und neue Mitglieder! Es ist jede willkommen, die das Streben nach Selbstvervollkommnung hat. Laßt uns vereint streben, damit wir stärker seien, damit die Einzelne sich an uns stütze, laßt uns reifen in Gemeinschaft für die Gemeinschaft.

§ **Stenographisches Prüfungsamt.** Das Stenographische Prüfungsamt in Münster hielt am 30. November ds. Js. in der gewerblichen Berufsschule in Münster die erste Prüfung in der Kurzschrift ab. Der Prüfung haben sich 12 Prüflinge unterzogen. Die Prüfung bestanden: mit einer Geschwindigkeit von 150 Silben in der Minute, Josepha Austermann, Carola Burbank, Wilh. Fiege, Heinrich Donk, Anna Schneider, Martha Schrader, Hermann Schultheiß aus Münster und Berni Freitag aus Ahlen, mit einer Geschwindigkeit von 200 Silben in der Minute: Bernh. Meiersmann und Carl Lengraf aus Münster. — Zwei Prüflinge haben nicht bestanden. Die nächste Prüfung wird im März 1922 stattfinden.

* **Sportvereinigung 09.** Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, findet am Freitag, den 16. Dezember, abends 7,30 Uhr im Vereinslokal „Konenburg" unsere diesjährige Generalversammlung statt. Tagesordnung: Kassenbericht; Entlastung des Kassierers; Wahl des Vorstandes und der verschiedenen Ausschüsse; Anträge. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist wegen der Wichtigkeit der Versammlung dringend erwünscht.

§ **Mütterberatung Amt Rheine.** Die Sprechstunde findet am Mittwoch, den 21. ds. Mts., nachmittags von 3 bis 4 Uhr, nicht wie irrtümlich angegeben am 14. ds. Mts., in der Johannisschule, Hörstelerstraße, statt.

§ **Warnung vor einem Schwindler.** Die Polizeiverwaltung Rheine teilt uns mit: Kammerjäger Brinkmann aus Elberfeld, staatlich konzessionierter Kammerjäger u. Desinfektor, kündigt in großen Zeitungsanzeigen sein Kommen einige Tage vorher an und verspricht unter einjähriger schriftlicher Garantie durch seinen Rattenpestbazillus, der für Menschen und Haustiere ganz unschädlich ist, Ratten und Mäuse radikal zu beseitigen. Wenn er dann kommt, läßt er sich etwas Mehl geben, mischt das mit Schweinefutter Grün, legt das Gemisch in Brocken aus und offeriert dann seine Rechnung über 500 Mark für diese Tätigkeit. Ratten und Mäuse gehen nur selten an diesen Köder. Geschädigte wollen sich bei der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck melden.

§ **Die Kaufmannsgehilfen der Eisen- und Metallindustrie** werden darauf aufmerksam gemacht, daß am kommenden Montag, den 19. Dezember, abends 7,30 Uhr im Vereinszimmer des Gasthofes Blömer eine Fachgruppensitzung stattfindet. Es handelt sich um Erörterung brennender Tagesfragen. Alle Kollegen dieses Geschäftszweiges, ob organisiert oder nicht, müssen erscheinen!

* **Das Emstor ohne Licht.** Schon vor zirka 8 Tagen versagte eine Faser der elektrischen Lichtzufuhr in dem rechts der Ems gelegenen Teile unserer Stadt. Gestern war wieder ein Teil dieser Stadtgegend von 5—6 Uhr in ägyptische Finsternis gehüllt. Wer die Schuld an den immerwährenden Störungen in der Versorgung der Stadt mit Licht trifft, das zu untersuchen, soll nicht unsere Sache sein, jedenfalls wäre es aber angebracht, daß von maßgebende Stelle Schritte unternommen würden, die diesen Mißständen schleunigst Abhilfe schaffen würden. Die meisten Haushaltungen sind einzig und allein bei der Schwierigkeit der Beschaffung anderer Beleuchtungsmittel, auf die elektrische Lichtzufuhr angewiesen. Ein Versagen der Zufuhr ist für sie deshalb umso peinlicher.

* **DHV., Gewerkschaft der Deutschen Kaufmannsgehilfen, Ortsgruppe Rheine.** Eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung findet am Montag, den 19. ds. Mts., abends 8.30 Uhr bei Blömer statt. Erhöhung der Krankenkassenbeiträge und wichtige Tagesfragen werden behandelt. Gäste sind dazu eingeladen.

§ **Auflösung der Organisationen Roßbach, Hubertus, Anlock, Heidebreck und Oberland.** Der Landrat des Kreises Steinfurt teilt uns mit: Auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177-178 des Friedensvertrages vom 22. März 1921 werden in Verfolg des Ultimatums der alliierten Regierungen vom 5. Mai 1921 die Organisationen Roßbach, Hubertus, Anlock, Heidebreck und Oberland für aufgelöst erklärt. — Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, werden mit Geldstrafe bis zu 3 Monaten oder mit Gefängnis bis zu gleicher Dauer bestraft. Berlin, den 24. November 1921. Die Reichsregierung: gez.: Köster.

Aus dem Reichstag

Stimmungsbild

Der Reichstag ist nach mehrwöchentlicher Pause zu einer kurzen Tagung wieder zusammengetreten. In der Wandelhalle zeigt sich schon Stunden vor der Sitzung ein so reges Leben, wie man es sonst nur an großen Tagen gewohnt ist. Die Ursache dieses starken Andranges war aber nicht die Tagesordnung, sie war auch nicht, wie man etwa glauben könnte, die außenpolitische Lage bezw. das Reparationsproblem, sondern es war eine im Grunde genommen recht unpolitische aber für die betreffenden Kreise recht wichtige Frage: Die Ortsklasseneinteilung steht vor der Entscheidung und so waren aus allen Teilen des Reiches Beamtendeputationen erschienen, die noch im letzten Augenblick ersuchen wollten, eine für ihren Wohnort günstigere Entscheidung herbeizuführen.

Die Verhandlung des Reichstags, die durch die Erledigung einer großen Reihe von Vorlagen und einer Reihe kleinerer Vorlagen ausgefüllt war, nahm das Interesse des Hauses wenig in Anspruch. Dieses war aber in stärkstem Maße konzentriert auf das Reparationsproblem bezw. auf das Ergebnis der Verhandlungen, die der nach Berlin zurückgekehrte frühere Minister Rathenau in London geführt hat. Genaues und Sicheres weiß aber niemand über den Stand der Dinge zu sagen, denn in den Regierungskreisen wird strengstes Stillschweigen beobachtet und das Ergebnis der Verhandlungen Rathenaus ist über den allerengsten Personenkreis nicht hinausgekommen. Wenn daher umlaufende Gerüchte wissen wollen, daß die Verhandlungen Rathenaus zu einem ungünstigen Ergebnis geführt hatten und andere Gerüchte das Gegenteil behaupten, so ergibt sich demgegenüber aus dem vorher Gesagten, daß alle diese Gerüchte völlig aus der Luft gegriffen sind. Tatsächliches weiß niemand außer dem ganz eng gezogenen Personenkreis, und wir können auf Grund unserer Kenntnis der Dinge nur sagen, daß weder eine Ursache zu einem Pessimismus, noch aber eine zu übermäßigem Optimismus gegeben ist.

Handelsnachrichten.

Kursbericht

Mitgeteilt von der

Osnabrücker Bank, Zweiganstalt Rheine.

Devisenkurse.

Berlin, den 14. Dezember 1921.

	vor. Kurs	Kurs vom 14. Dez.	Höchste bish. Gr	Friedens stand
Amsterdam Potterdam	673¾	6481.50	10610 50	168.75
Antwerpen und Brüssel	1476 50	1296.40	2177.20	—
Kopenhagen, . . .	3628 65	3433.45	5555 55	112.50
London	795.80	760.80	1181.20	20.40
New-York	189. 9	180 44	310.31	4.20
Paris	1551.55	1455.50	2242 25	81.3
Schweizer Plätze .	3743.75	3518.55	5750.75	21

Wertpapiere.

	vor. Kurs	Kurs 14. Dez.		vor. Kurs	Kurs 14. Dez
5% Reichsanleihe	77 60	77 50	Gelsenk. Bergw.	700	790
Schiffahrts-Aktien			Georgsmarienhütte	880	880
Hamb. Am. Pak.	390	395	F. H. Hammersen.	1150	1290
Hansa Dampfsch.	452	500	Harzener Bergbau	900	990
Nordd. Lloyd	4 5	425	Hoesch Eisen. Stahl	1000	1020
Bank-Aktien.			Hohenlohe Werke	550 75	—
Deutsche Bank	470	495	Kaliw. Aschersl. .	500	530¼
Discont. Kom. Ant.	4 0	420	Laurahütte . .	730	720
Osnabrücker Bank	290	270	Mannesm. Röhren	1060	1100
Industrie-Aktien.			‚Mark' Portl. Zem.	—	1400
Adler-Werke	580	582	Mech. Web. Linden	700	—
Bismarckhütte	—	—	Obschl. Eisenb. Bed	595	643
Braunkohl. u. Brik	649	701	Oberschl. Eisenind.	6.0	730
Buderus-Eisenw.	651	690	Osnabr. Kupfer	710	675
Daiml.-Motoren	479¾	493½	Phönix Bergbau	945	997½
Deutsch Lux Berg	686	755	Romb. Hütten	650	642
Deutsche Erdöl	1800	—	Siemens & Halske	620	—
Deutsche Kaliw. .	720	800	Thörls v. Harb. Oelf	400	
			Ver. Cöln-Rottw.	900	
			Wiek-Portl. Zem.	775	